



Pressefoyer | 11. Juli 2017

Mehr Polizistinnen und Polizisten für Vorarlberg

Umsetzung des Sicherheitspakets 2016 läuft auf Hochtouren. Status quo der Abklärungen von illegalen Doppelstaatsbürgerschaften

mit

Landesstatthalter Karlheinz Rüdissler

Landesrat Erich Schwärzler

(Sicherheitsreferent der Vorarlberger Landesregierung)

Landespolizeidirektor Hans-Peter Ludescher

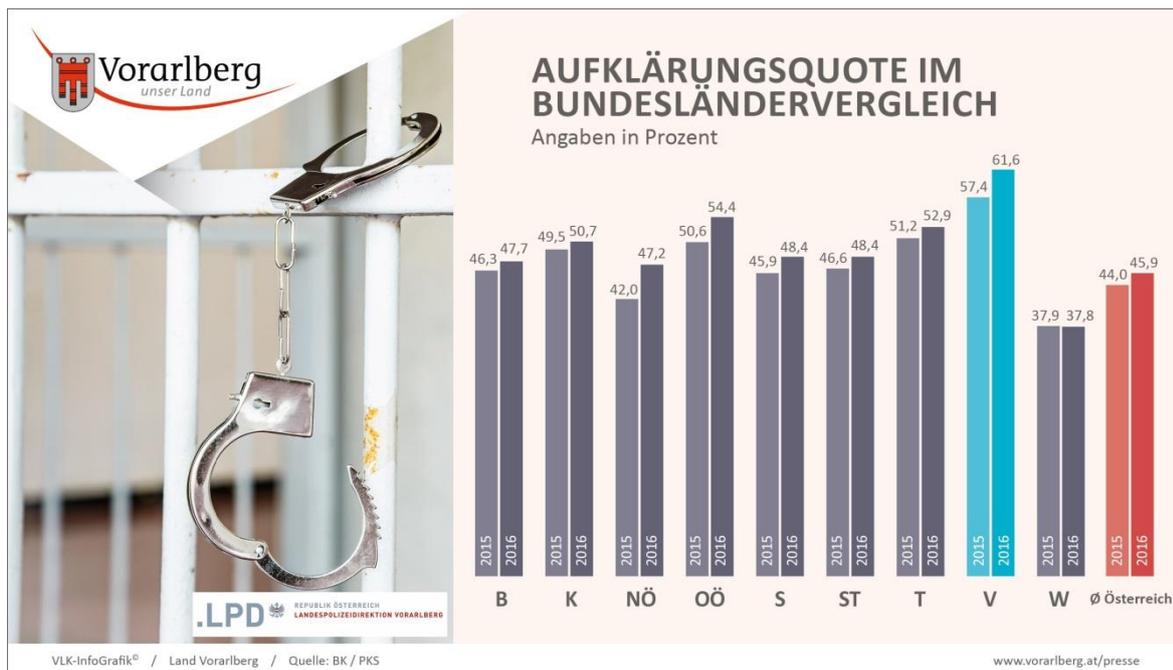
Mehr Polizistinnen und Polizisten für Vorarlberg

Umsetzung des Sicherheitspakets 2016 läuft auf Hochtouren. Status quo der Abklärungen von illegalen Doppelstaatsbürgerschaften

Vorarlberg ist ein sicheres Land mit einer stabilen Kriminalitätsrate und der höchsten Aufklärungsquote in Österreich. Um für die Bevölkerung auch weiterhin ein so hohes Sicherheitsniveau gewährleisten zu können, haben Land und Innenministerium im vergangenen Jahr ein umfangreiches Sicherheitspaket geschnürt. Die Umsetzung der darin vereinbarten Maßnahmen wird derzeit intensiv vorangetrieben. Die Ausbildungskurse sind bis auf den letzten Platz gefüllt, informieren Landesstatthalter Karlheinz Rüdissler und Sicherheitslandesrat Erich Schwärzler gemeinsam mit Landespolizeidirektor Hans-Peter Ludescher im Pressefoyer. Die aufwändigen Abklärungen in Zusammenhang mit der vorliegenden Liste vermuteter illegaler Doppelstaatsbürgerschaften laufen ebenfalls auf Hochtouren.

Die Zahl der Anzeigen ist in Vorarlberg zwar nach mehreren Jahren erstmals wieder gestiegen, liegt aber seit 2012 stabil unter 20.000. Die Aufklärungsquote ist mit 61,6 Prozent erneut die höchste in ganz Österreich. Die konstante Sicherheitslage Vorarlbergs auf einem hohen Niveau zu halten, ist auch 2017 der zentrale Schwerpunkt für die Polizei. "Die Sicherheitsbehörden und unsere Polizei leisten hervorragende Arbeit und genießen dafür außerordentlich hohes Vertrauen in der Bevölkerung", betonen Landesstatthalter Rüdissler und Landesrat Schwärzler.





Zwischenstand bei der Umsetzung des Sicherheitspakets 2016

Exekutiv-Planstellen

Für das Land ist entscheidend, dass funktionsfähige regionale Sicherheitsstrukturen mit einer angemessenen personellen und materiellen Ausstattung verfügbar sind. Die Landespolizeidirektion Vorarlberg verfügt derzeit insgesamt über 983 Planstellen (Arbeitsstellen). Im Zeitraum Mai 2016 bis Juli 2017 wurden die Exekutivplanstellen von 882 auf 912 erhöht. Die LPD Vorarlberg beschäftigt 989 Exekutivbeamte (inkl. Polizeischülerinnen/-schüler, Karenzierungen, Zuteilungen außerhalb Vorarlbergs ...), 23 Verwaltungsbeamte und 48 Vertragsbedienstete.

Derzeit laufen fünf Polizeikurse mit zusammen 105 Polizeischülerinnen und -schülern, die nach und nach zwischen 1. August 2017 und 30. November 2018 abschließen werden. Schon am 1. September und am 1. Dezember 2017 starten neue Polizeigrundkurse, die mit jeweils 30 Teilnehmenden geplant sind.

Ende Mai 2017 ging der Ausbildungskurs für zehn dienstführende Exekutivbeamte zu Ende. Anfang September startet ein neuer Ausbildungskurs für wiederum zehn dienstführende Beamte.

Damit ausreichend geeignete Bewerber aus allen Regionen des Landes für die Polizeiarbeit in zur Verfügung stehen, unterstützt das Land in Absprache mit der Landespolizeidirektion Vorarlberg Bewerber, die den Vorbereitungskurs der Volkshochschule Götzis für die Polizei-Aufnahmepflicht besuchen, durch Übernahme von bis zu 80 Prozent der Kurskosten. In diesem

Zusammenhang verlangt Landesrat Schwärzler auch, den Zugang zu Aufnahme- und Wiederholungsprüfungen für die Polizei zu vereinfachen und praktikabler abzuwickeln.

Darüber hinaus unterstützt das Land Vorarlberg die Personalwerbungskampagne der Polizei im Rahmen der Initiative "Gemeinsam sicher", wodurch mehr Polizeischüler für den wichtigen Exekutivdienst im Land gewonnen werden sollen.

Weiterentwicklung sicherheitsbehördlicher Strukturen

Innenminister Wolfgang Sobotka hat weitere Personal- und Investitionsoffensiven angekündigt und möchte mit der Initiative "GEMEINSAM.sicher" auch die Bevölkerung verstärkt in sicherheitspolitische Fragen einbinden. Sicherheitslandesrat Erich Schwärzler hat gemeinsam mit Vertretern der Landespolizeidirektion bei sieben regionalen Sicherheitsstammtischen in allen Landesteilen Bürgermeister und Polizeiinspektions-Kommandanten über die Initiative "GEMEINSAM.Sicher in Vorarlberg" informiert.

Im Rahmen des Bodensee-Sicherheitsgespräches und der Polizeichefvereinigung Bodensee wird mit Vertretern der Bodensee-Anrainerländer eine intensive internationale Zusammenarbeit gepflegt.

Schwerpunkt Ballungsräume: Die Polizei hat diesen Bereich besonders im Fokus. Mit der Schwerpunktstreife "RHEIN 200" läuft derzeit ein Pilotprojekt, mit dem Ziel, die regionalen Streifendienste und Polizeidienststellen bei polizeilichen Schwerpunktlagen und Ad-hoc-Ereignissen an den Wochenenden (Abend/Nacht) zu unterstützen.

Die Erhaltung einer Außenstelle Feldkirch-Gisingen des Einsatzkommandos Cobra-West ist heuer von Innenminister Sobotka erneut zugesagt worden.

Kein Gastrecht für Kriminelle

Asylwerbende, die unter dem Schutzmantel des Flüchtlingsrechtes straffällig und verurteilt werden und damit das Gastrecht missbrauchen, dürfen kein Bleiberecht bekommen und müssen nach einem negativen Asylverfahren Österreich rasch verlassen. Ein konsequentes Vorgehen ist nicht nur zum Schutz der heimischen Bevölkerung notwendig, sondern auch im Interesse der hier lebenden Zuwanderinnen bzw. Zuwanderer, die sich an Recht und Gesetz halten. Kriminelle sollen möglichst rasch wieder außer Landes gebracht werden können.

Ein Maßnahmenbündel einschließlich entsprechender Gesetzesinitiativen auf Landes- und Bundesebene ist derzeit in Ausarbeitung bzw. Umsetzung:

- kürzliche Novelle des Asylgesetzes – Mitwirkungspflicht des Asylwerbenden bei rechtskräftig negativem Asylverfahren und Beugehaft vor Abschiebung
- in Begutachtung befindliches Sicherheitspaket – Ausweitung der Video- und Nachrichtenüberwachung, Vorratsdatenspeicherung

- kürzliche Änderung des Mindestsicherungsgesetzes – Klarstellung der Gewährung von Mindestsicherungsleistungen abhängig von der Mitwirkung des Asylwerbenden bei der Integration (z.B. Verpflichtung zur Teilnahme an Sprach- und Wertekursen).

Es findet ein regelmäßiger Informationsaustausch zwischen der Abteilung Inneres und Sicherheit des Landes Vorarlberg, der Landespolizeidirektion, den Bezirkshauptmannschaften und der Staatsanwaltschaft mit dem Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl statt.

Konsequentes Vorgehen gegen das illegale Glückspiel

Am 10. Mai 2017 hat der Vorarlberger Landtag einstimmig ein neues Wettengesetz und mehrheitlich ein neues Baugesetz beschlossen, um bessere Möglichkeiten und eine leichtere Handhabe im Kampf gegen das illegale Glückspiel zu haben. Das konsequente Vorgehen von Behörden und Einsatzkräften zeigt indes bereits Wirkung. Landesstatthalter Rüdissler und Landesrat Schwärzler danken allen Beteiligten für deren Einsatz und gratulieren zu den dabei erzielten Erfolgen.

Die Bezirkshauptmannschaften und die Landespolizeidirektion haben in enger Kooperation mit den Gemeinden und mit Unterstützung durch Cobra, Finanzpolizei, Arbeitsinspektorat sowie Bau- und Gewerbebehörden im Jahr 2017 mehr als 160 Kontrollen nach dem Glücksspielgesetz bzw. nach dem Wettengesetz durchgeführt. Das Ergebnis: 20 Betriebsschließungen, 61 angedrohte Schließungen und 193 beschlagnahmte Glücksspielgeräte (inkl. Wettterminals).

Mit Stichtag 1. Juli 2017 gab es in den Bezirken dank des konsequenten Vorgehens keine bekannten illegalen Wettlokale. Mit der Novelle des Baugesetzes haben jetzt auch die Gemeinden mehr Möglichkeiten, gegen das illegale Glückspiel vorzugehen. Aufgrund dieses gemeinsamen Vorgehens findet derzeit in vielen der bisherigen 45 Glücksspiellokale kein Glücksspielbetrieb mehr statt. Damit das auch so bleibt, werden die Schwerpunktkontrollen auch in den nächsten Monaten konsequent fortgeführt, kündigen Wallner und Schwärzler an.

Fortsetzung der Bauoffensive

Der Neubau der Polizeiinspektion Dornbirn ist laut Innenministerium im Finale, die Zusage des Finanzministeriums ist noch offen.

In Sachen Polizeibootshaus am Bodensee ist eine gemeinsame Koordinationsgruppe tätig.

Die Unterstützung durch den Polizei-Hubschrauber ist im Jänner 2017 von Innenminister Sobotka erneut zugesagt worden.

Öffentliche Gesundheitsaufgaben im Polizeivollzug

Das Pilotprojekt Ärztebereitschaftsdienst NEU 2016 ist erfolgreich umgesetzt.

Zusammenarbeit TETRA-Digitalfunk

Im Jänner 2017 wurde der Vertrag zwischen Land Vorarlberg und Innenministerium unterzeichnet. Derzeit sind die funktechnischen Abstimmungsmaßnahmen zwischen den Abteilungen Hochbau, Inneres und Sicherheit sowie dem Bund im Gange. Auf mehr als 30 Millionen Euro belaufen sich die kalkulierten Gesamterrichtungskosten. Beim Land wird mit einem Beitrag von rund 16,5 Millionen Euro gerechnet. Die für den Bund anfallenden Kosten bewegen sich in einer ähnlichen Größenordnung.

Polizeianhaltezentrum

Im Jänner 2017 wurde zwischen Land Vorarlberg und Bund ein neuer Kooperationsvertrag für zwölf Haftplätze abgeschlossen.

Abklärung der Liste vermuteter illegaler Doppelstaatsbürgerschaften

Von den 95.984 Namen auf der Liste vermuteter illegaler Doppelstaatsbürgerschaften, die im Mai 2017 von der FPÖ an Landesrat Erich Schwärzler übergeben wurde, haben 287 Personen einen aktuellen Vorarlberg-Bezug. Die zuständige Fachabteilung im Amt der Vorarlberger Landesregierung hat festgestellt, dass davon 140 Personen die türkische Staatsangehörigkeit haben und nicht österreichische Staatsbürger sind.

Die restlichen 147 Personen sind mit österreichischer Staatsbürgerschaft im Zentralen Melderegister eingetragen und wurden von der Fachabteilung dahingehend geprüft, ob sie durch Wiederannahme der türkischen Staatsangehörigkeit zu "illegalen Doppelstaatsbürgern" wurden. Das derzeitige Prüfungsergebnis lautet wie folgt:

- 68 Personen sind zu Recht Doppelstaatsbürger.
- 16 Personen, die nach Vorlage des Nachweises über das Ausscheiden aus dem türkischen Staatsverband in Vorarlberg die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten haben, wurden aufgefordert, den Nachweis ihrer aktuellen Staatsangehörigkeit zu erbringen. Mit einem Prüfergebnis ist voraussichtlich in den nächsten vier Wochen zu rechnen.
- Bei einer Person, welche kraft Geburt die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt, ist aufgrund des Wechsels des Personenstandes derzeit die Prüfung des Vorliegens einer allfälligen "illegalen Doppelstaatsbürgerschaft" am Laufen.
- Bei vier Personen, denen in Vorarlberg die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen wurde, sind derzeit Erhebungen über ihr Ausscheiden aus dem türkischen Staatsverband im Gange.
- Bei 49 Personen, die in einem anderen Bundesland die österreichische Staatsbürgerschaft erworben haben, ist derzeit die Abklärung des Vorliegens einer allfälligen "illegalen Doppelstaatsbürgerschaft" am Laufen.
- Sechs Personen sind seit Ende 2015 aus dem türkischen Staatsverband ausgeschieden und somit österreichische Staatsbürger.

- Für drei Personen ist aufgrund ihrer Geburt außerhalb Österreichs bzw. ihres derzeitigen Wohnsitzes in Wien die Wiener Landesregierung zuständig, sodass das Prüfverfahren in diesen Fällen an das Amt der Wiener Landesregierung abgetreten wurde.

Herausforderungen im Kampf gegen die Kriminalität

Die Umsetzung eines bundesweiten Masterplans zur Bekämpfung der Eigentumskriminalität war ein Schwerpunkt der Landespolizeidirektion Vorarlberg im Jahr 2016. Dazu zählte auch die Ausarbeitung von vorarlbergspezifischen Maßnahmen hinsichtlich aktiver Öffentlichkeitsarbeit, Prävention, Schwerpunktaktionen, eigenen Patrouillen gegen den Dämmerungswohnraumeinbruch sowie internen Schulungen.

2017 stehen erneut der Schutz des Eigentums – insbesondere gegen Einbrüche in Wohnungen und Wohnhäuser – sowie die polizeiliche Vernetzung und breit angelegte Präventionsmaßnahmen v.a. im Bereich Internetkriminalität im Mittelpunkt der Polizeiarbeit.

Eigentumskriminalität

Die Polizei brachte letztes Jahr 180 Fälle von Einbrüchen in Wohnräume zur Anzeige, wovon in 134 Fällen Wohnhäuser betroffen waren. Die Gesamtzahl hat sich im Vergleich zum Vorjahr verringert, liegt aber im Schnitt der letzten Jahre. Hinsichtlich des Zeitpunkts der Vorfälle bestätigten sich die Erkenntnisse der vergangenen Jahre erneut: Abwesenheiten während der Sommermonate und Dämmerungszeiten in Herbst- und Wintermonaten werden häufig von Tätern als Gelegenheit zum Einbruch genutzt. Die Herausforderung war, beim ersten Erkennen von Zusammenhängen und Serien schnellstmöglich entsprechende Maßnahmen zu treffen. Besonders wichtig war und ist aber auch die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung, auf deren Hinweise und rasche Verständigungen die Beamten oft angewiesen sind.



Die Zahl der Kfz-Diebstähle ist seit dem letzten Jahr um ein Drittel gesunken: Im letzten Jahr wurden 31 Fälle angezeigt, davon lediglich zwölf Pkw-Diebstähle. In 17 Fällen wurden Krafträder, in zwei Fällen Lkws gestohlen.

Gewaltdelikte

Im Jahr 2016 wurden 2.122 Gewaltdelikte angezeigt, 246 Fälle mehr als 2015. Davon konnten in 1.942 Fällen die Täter ermittelt und zur Anzeige gebracht werden, ein Plus von 0,5 Prozentpunkten zum Jahr davor. Es gab vier besonders schwere Fälle vorsätzlicher Tötung, die alle von den Ermittlern geklärt wurden.

Wirtschaftskriminalität

Die Wirtschaftskriminalität hat im letzten Jahr mit 2.408 Fällen zugenommen (plus 511 Fälle). Aber auch die Aufklärungsrate ist deutlich gestiegen – auf 65 Prozent (2015 waren es 62,7 Prozent). Der Großteil sind Betrugshandlungen – nach ihrer Schwere bewertet 1.648 Vergehen und 47 Verbrechen. Die Zahl der Verbrechen ist im Jahresvergleich um mehr als die Hälfte gesunken (minus 58 Fälle). Die präventive und fortlaufende Aufklärung der Bevölkerung sowie die Forcierung der polizeilichen Vernetzung, um Serielikte frühzeitig zu erkennen, sind wesentliche Maßnahmen zur Eindämmung der Wirtschaftskriminalität.



Internetkriminalität

Die Anzeigen im Bereich Internetkriminalität haben von 452 auf 652 Fälle zugenommen, wobei es sich meistens um Internetbetrug handelte (474 Fälle). In knapp der Hälfte der Fälle konnten jedoch Täter ausgemittelt werden – eine Zunahme um fast fünf Prozentpunkte zum letzten Jahr.

Dem Phänomen Cybercrime wird durch die Vernetzung mit Klein- und Mittelständischen Unternehmen (KMU) sowie mit breit angelegten Präventionsveranstaltungen entgegengewirkt. Bereits bei Kindern und Jugendlichen wird durch das Präventionsprojekt "CyberKids" das Bewusstsein über die Gefahren in der virtuellen Welt geschärft.

